



Der KLENKES ist ein unabhängiges, aber parteiliches 'Volksblatt'. Den KLENKES gibt's jeden Monat neu. Kostet nur fünfzig Pfennig. Man kann ihn auch abonnieren für zehn Mark im Jahr.

ARCH+

Die Zeitschrift, bei der Sie immer meinen, Sie hätten das letzte Heft verpaßt. *



* Wir bitten das unregelmäßige und verspätete Erscheinen von ARCH+ im Namen der stark überbelasteten, ehrenamtlich arbeitenden Redaktion zu entschuldigen.

Auch die Nr.45 kommt bestimmt

Verlagsmitteilung

Aus redaktionellen Gründen erscheint das Doppelheft ARCH+ diesmal am Anfang des Jahres als Nr. 43/44. Weil sich die Abonnementsbedingungen verändert haben, nämlich Abobeginn nicht mehr nur zu Beginn des Jahres, sondern ab jeder laufenden Nummer, könnte das unregelmäßige Erscheinen der Doppelhefte Probleme geben. D.h., es wird bei einigen Jahrgängen (nicht identisch mit Kalenderjahr) zwei Doppelhefte, bei anderen gar kein Doppelheft geben. Problematisch wird das allerdings erst im Falle von Kündigung. Sollten sich also derartige Unstimmigkeiten ergeben, bitte nicht stutzig oder ärgerlich werden, sondern mit uns zusammen klären.

Wir haben uns vorgenommen, auf Dauer ein gleichbleibendes Erscheinungsdatum für das Doppelheft festzulegen.

Rezension

Dietrich Henckel (Rez.)

Ostend-Roman

Von den Schwierigkeiten der Stadteilliteratur

Es geht hier nicht um die literarische Bewertung des Ostendromans. In dieser Hinsicht ist Esser durch einschlägige Literaten schon fast über Gebühr mit Lorbeeren, auch Vorschußlorbeeren, bedacht worden. Ein gelungener literarischer Turmbau aus Döblins Alexanderplatz und Joyce's Ulysses (Richard Hey) wurde ihm bescheinigt, eigentlich also literarischer Eklektizismus. Nicht vom manierten Stil, der assoziativen, mosaikhaften Schreibstil soll indes die Rede sein. Die Frage, die hier gestellt wird, lautet: Ist das Ostend nur ein eher beliebiger Aufhänger für einen Roman? Oder geht es nicht nur um die Leute dort, sondern ist auch für sie? Dadurch, daß die Entstehungsgeschichte der Arbeitersiedlung Ostheim – immer eine Siedlung der eher gehobenen Arbeiterschicht – eingebaut wird und die Entwicklung des Gebietes in den Zusammenhang gestellt wird mit der ökonomischen Entwicklung, nimmt der Stadtteil schon Gestalt an für den Leser. Man erfährt die Bedeutung der Firma Tobler, die Pleite der Firma Kübler, der kleinen Läden als Arbeitsplätze vor allen für die Frauen des Gebietes.

Insgesamt ist das Buch eine teilweise recht pralle Milieuschilderung. Dargestellt an den zahlreichen Personen des Romans ergibt sich ein Soziogramm des Stuttgarter Ostens, dessen Besonderheit gegenüber anderen Städten auch darin liegt, daß aufgrund der topografischen Situation der Stadt auch exklusive Hanglagen noch in unmittelbarer Nähe des üblicherweise industriell und proletarisch geprägten

Ostens der Stadt liegen. Dabei bemüht sich Esser, den Eindruck von Authentizität zu vermitteln – Kenner der 'Szene' können die Figuren des Romans entschlüsseln – angereichert – wie bei den literarischen Vorbildern – mit Zitaten aus der Festschrift des ehemaligen „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, aus Zeitungen oder statistischen Aufzählungen über das Gebiet.

Dieses mosaikhafte Soziogramm macht das Buch zwar lesenswert, denn es gibt wenig Möglichkeiten, amüsanter etwas über einen Stadtteil zu erfahren. Doch es bleibt ein literarisches Vergnügen von intellektuellen. Um über diesen Kreis hinaus Einfluß zu nehmen, politisch sein zu können, ist das Buch eine zu manirierte und schwerfällige Lektüre. „Proletarisch“ (und „obszön“ – was nicht stimmt, sich aber als Wertmarke wohl gut macht) ist der Roman laut Heißenbüttel, wohl weil 'Proletarier' die Hauptakteure sind. C.F. Delius („Unsere Siemenswelt“) bezeichnet den Roman als „einen Schlag auf den Rücken der Leute, die wir mögen.“ Die „Geschlagenen“ werden dieses gönnerhafte Schulterklopfen kaum genießen können, weil sie es kaum wahrnehmen werden. Das Buch wird – das zeigt auch die Rezeption – ein Gesprächsstoff nur von Insidern bleiben.

Manfred Esser: Ostend Roman

März Verlag und van Deelen Film GmbH 1978

Alleinvertrieb: Zweitausendeins, 6000 Frankfurt/M., Postfach 710 249 342 S.

Preis 16,- DM



Was kümmerts uns, wenn in Aachen überall das Geld fehlt – wir kriegen unseren Palast

Aachen steht kurz vor dem kulturpolitischen Höhepunkt: Endlich wird ein neues Museum gebaut für die bekannte und berühmte 'Sammlung Ludwig'.

Das sagen die einen. Für die anderen ist es eine riesige Verschwendung: 40 Millionen Mark für die private Kapitalanlage eines schwerreichen Schokoladenfabrikanten. Der sich jetzt auch noch den Umzug seines Unternehmens aus Steuergeldern bezahlen läßt. Da wird verpulvert, was sonst überall fehlt.

Neues und Hintergründiges über Trumpf, Ludwig und die große Kunst gibt es jetzt als kleines Buch mit vielen Bildern, Comics und einigen frechen Bemerkungen. – Titel: **Pop, Pralinen & Profite** – Das Büchlein hat 64 Seiten, kostet 3,- und kann bei KLENKES Druck und Verlag, Oranienstr.9, 51 Aachen ab Mai bestellt werden.

Adalbert Evers (Rezensent)

Margit Mayer/Roland Roth/Volkhard Brandes (Hrsg.):

Stadtkrise und soziale Bewegungen.

Europäische Verlagsanstalt, Köln 1978

Es ist schwer zu sagen, nach welchen Notwendigkeiten oder Zufällen die linke bundesdeutsche Debatte in verschiedenen Theorie- und Praxisbereichen ihren Provinzialismus überwindet: warum zehrt – um nur ein Beispiel zu nennen – die kritische Debatte zur Psychiatrie seit Jahr und Tag von italienischen und englischen Beiträgen und warum hat die Publizierung ausländischer Beiträge zur Urbanistik und Kommunalpolitik erst seit etwa zwei Jahren begonnen? Lassen wir die Frage offen und halten wir stattdessen fest, daß der von MAYER/ROTH/BRANDES herausgegebene Band zu „*Stadtkrise und soziale Bewegungen*“ ein weiterer wichtiger Schritt auf einem Weg ist, wo der VSA-Verlag mit Übersetzungen von *Arbeiten Castells*, die Zeitschrift *ARCH* mit verschiedenen Beiträgen zur internationalen urbanistischen und kommunalpolitischen Diskussion, aber auch die Reihe „*Werkberichte*“ (Lehrstuhl Planungstheorie, RWTH Aachen) mit ihrem Reader zur italienischen Planungsdebatte bereits vor einiger Zeit erste Schritte getan haben. Der nun vorliegende Band enthält neben einer Einleitung der Herausgeber vierzehn unterschiedliche Beiträge zum Thema aus den USA, verschiedenen europäischen Ländern und Australien. Warum allerdings ist fast die Hälfte aller Beiträge dem Thema Stadtkrise und soziale Bewegungen in den USA gewidmet? Diese dezidierte Schwerpunktsetzung wird von den Herausgebern nicht näher begründet, wobei wir nicht bestreiten wollen, daß sie begründbar gewesen wäre, insofern bislang in der BRD eher die italienischen und französischen Ansätze zu Wort gekommen sind.

Die Beiträge des Readers sind nach zwei Schwerpunkten getrennt zusammengestellt worden. Ein erster Teil ist der „Analyse der städtischen Krise“ gewidmet, ein zweiter Teil den „Städtischen und sozialen Bewegungen“.

Zu Beginn gibt der Aufsatz von Dieter LÄPPLER, „*Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Stadtstrukturen*“ zunächst einmal eine recht anschauliche Zusammenfassung verschiedener Stränge und Ansätze der offiziellen wie kritischen Debatte bezogen auf die Frage nach dem methodischen Ansatz mit dem der Entstehungsprozeß ungleicher Raumentwicklung und städtische Strukturen zu erklären ist. Fragwürdig erscheint uns allerdings der dabei von ihm selbst postulierte und skizzierte methodische Weg zu einem solchen Erklärungsversuch: aus immanenten Tendenzen

des fertig gewordenen kapitalistischen Reproduktionsprozesses konkrete Formen der Raumnutzung ableitbar machen zu wollen, wobei dann die historische Analyse als Geschichtsschreibung regionalspezifischer Modifikationen eines solchen „Allgemeinen“ fungieren soll. Der Leser mag selbst beurteilen, inwieweit die Kapitel seines Aufsatzes, die einem solchen Versuch gewidmet sind, diesen methodischen Ansatz plausibel machen.

Die anderen – samt und sonders US-amerikanischen – Beiträge des ersten Teils operieren (mit Ausnahme des Beitrages von Harvey) auf einer anderen Ebene als Läßle. Versuche einer konzentrierten Darstellung der spezifischen Widerspruchsformen, in denen sich die Stadtkrise in den USA äußert, stehen im Vordergrund. Zu methodischen Fragen finden wir hier nur indirekte Hinweise.

So verhält es sich z.B. auch bei David GORDON in seinem Beitrag zum Thema „*Kapitalistische Produktionsweise und städtische Krise*“. Er arbeitet die Unterschiedlichkeit der „alten“ und „neuen“ amerikanischen Stadttagglomeration heraus, also auf der einen Seite Städten wie New York oder Chicago, die sich schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als „Industriestädte“ entwickelten und auf der anderen Seite Städten im Süden, Südwesten und Westen der USA wie Dallas, die erst nach dem ersten Weltkrieg in einem anderen Stadium der US-amerikanischen ökonomischen Entwicklung zur „Reife“ kamen. Gordon versucht dabei nachzuweisen, wie sehr die unterschiedliche Struktur dieser beiden Typen von Stadt sich auf Umfang und Art ihrer Anpassungsfähigkeit an aktuelle Kapitalerfordernisse und damit auch Umfang und Art ihrer jeweiligen „Stadtkrise“ auswirken. Implizit könnte aus diesem Aufsatz eine Antithese zu Läßples methodischem Postulat entwickelt werden: daß nämlich räumlich ungleiche Entwicklung und städtische Strukturen Resultat einer nicht allein ungleichmäßigen, sondern auch ungleichzeitigen Entwicklung sind, verstanden als Zusammenstoß und Überlagerung verschiedener Produktionsweisen resp. Reproduktionsniveaus, wobei sicherlich die Gesetze der fortgeschrittensten Reproduktionsweisen/niveaus bestimmend sind; gleichzeitig hebt der konkrete soziale Raum, der sich bei ihrer Durchsetzung herausbildet, auch Spuren des Vergangenen in sich auf, das dabei ergriffen und umgewandelt wird. Aus den Gesetzen kapitalistischer Reproduktion wäre demnach außerhalb

konkreter zeiträumlicher Bedingungen keine eigene Raumstruktur „ableitbar“.

Aber nicht nur an Gordons Beitrag kann neben seinen inhaltlichen Informationen ein methodisches Problem marxistischer Raum- und Stadtanalyse diskutiert werden. Auch der Beitrag von John H. MOLLENKOPF (Städtische Wachstumspolitik in den Vereinigten Staaten) ist unter beiden Aspekten, den inhaltlichen wie methodischen von Interesse. Zum einen finden wir hier eine prägnante Skizze jener Machtkomplexe und Allianzen von Interessengruppen in der amerikanischen Gesellschaft, die in den 50er und 60er Jahren das politische Projekt einer systemimmanenten Sanierung und Rationalisierung der amerikanischen Stadt in Szene setzten. Dabei wird herausgearbeitet, daß dieses Projekt nicht nur an der Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen scheiterte, sondern auch wegen der zentrifugalen Tendenzen, die es im Zuge seiner Realisierung bei dem Machtblock auslöste, der es trug. Bei dieser Übersicht zu den Hauptlinien amerikanischer Stadtpolitik in der Nachkriegszeit und ihren Protagonisten insistiert Mollenkopf auf einer wesentlichen methodischen Hypothese: daß nämlich über die Strukturierung der (amerikanischen) Stadt nichts gesagt werden kann, wenn nicht die zwei entgegengesetzten Träger der Geschichte als aktive Subjekte und in diesem Sinne auch als „stadtbestimmend“ behandelt werden: die „ökonomische und akkumulationsorientierte Seite“ und die „gemeinschaftliche an den menschlichen Bedürfnissen orientierte Seite“.

In diesem Zusammenhang arbeitet der Beitrag von Richard Child HILL einen Aspekt heraus, der im Wechsel urbanistischer Strategien in den letzten Jahren eine zentrale Rolle gespielt hat: die Finanzkrise der Kommunen. Bei der Analyse der Ursachen macht Child Hill neben der Benennung auch hier bekannter institutioneller Rahmenbedingungen (eine bestimmte Art des Föderalismus und die zersplitterte kommunale Struktur in zusammenhängenden Stadtregionen) vor allem die historisch-politischen Hintergründe deutlich: einen dort im Unterschied zur BRD bereits weitgehend verfestigten korporativistischen Zerfall potentieller Subjekte des Widerstands mit Gewerkschaften der städtischen Bediensteten, die Reformmaßnahmen allein als Möglichkeit eigener Bereicherung interessieren eine middle/working class, die Steuern für „ineffiziente“ Sozialleistungen verweigert, eine städtische Bewegung, die für sich allein nur Zugeständnisse, nicht aber einen politischen Kurswechsel erzwingen kann.

Der Aufsatz von David HARVEY (Klassenmonopolrente, Finanzkapital und Urbanisierung) hat sich im Unterschied zu den genannten anderen amerikanischen Beiträgen mehr vorgenommen. Er will im illustrativen Rückgriff auf die ameri-

kanische Stadt zur Füllung jener theoretischen Lücke beitragen, die daraus resultiert, daß sie Marx'schen Aussagen zur Grundrente nicht einfach auf das Problem der städtischen Bodenrente übertragbar sind. Mit dem Begriff der „Klassenmonopolrente“ versucht Harvey ein analytisches Instrument zu schaffen, das ein Verständnis des Zusammenhangs von Urbanisierung, ökonomischen Besitz- und politischen Machtstrukturen möglich macht. Einwände gegenüber diesem Versuch lassen sich in dieser Besprechung kaum ausbreiten. Es sei jedoch empfohlen, Harveys Aussagen in einem Vergleich mit italienischen Arbeiten auf diesem Gebiet zu bringen, die m.E. bei gleicher Intention (Absähen von einer bloßen kategorialen Übertragung, Einbezug der politischen Faktoren) überzeugender argumentieren (vgl. die Beiträge in Stadt, Planung und städtischer Konflikt).

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Reader im ersten Teil inhaltlich wichtige und methodisch anregende Aufsätze zur Analyse der städtischen Krise vor allem in den USA liefert, wobei die Beiträge von Läßle und Harvey eine Brücke und Anregung darstellen können, um das miteinzubeziehen, was an anderer Stelle – eher mit dem Blick auf die Diskussionen und Praxisansätze in Ländern wie Italien und Frankreich – bereits veröffentlicht worden ist.

Der zweite Teil des Readers enthält neun Beiträge zum Thema „Städtische soziale Bewegungen“ aus Italien, Frankreich, England, Belgien und den USA. Auch hier sind die Kriterien der Auswahl wenig durchsichtig. Die Herausgeber schreiben, daß es ihnen darauf ankam, „kollektive Reaktionen und Antworten auf soziale Problemlagen in anderen Ländern zu dokumentieren, die in Ansätzen auch in der BRD erkennbar sind“. Tatsächlich kommen aber in den publizierten Beiträgen alle nur eben denkbaren Kampf- und Organisationsformen im städtischen Konflikt vor und eine Auswahl nach dem von den Herausgebern genannten Kriterium ist nicht zu erkennen. Allerdings halten wir diese nicht selektive Breite eher für einen Vorteil, geht es doch weniger um die Ähnlichkeit von Aktionsformen als die Herausarbeitung grundsätzlicher Bestimmungen des neuen und noch nebulösen Subjekts „soziale (städtische) Bewegungen“ und deshalb auch seine Präsentation in der ganzen Vielfalt, die es aufweist. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, einen Beitrag über die spanischen städtischen Bewegungen, die heute zu den politisch und sozial entwickeltesten in ganz Westeuropa gehören, in den Band aufzunehmen. Bei den sicherlich gegebenen Restriktionen im Gesamtumfang wäre dabei der Beitrag von Nella GINATEMPO und Antonella CAMMAROTA verzichtbar gewesen, behandelt er doch ein sehr spezifisches Problem, das an keiner anderen Stelle wieder aufgenommen wird: wo unterscheiden sich die Strukturen der süditalienischen Städte (und man könnte allgemeiner sagen, der

Städte in unterentwickelten Bereichen der südeuropäischen Randländer) von den Städten in den dominierenden, früher durchkapitalisierten europäischen Regionen?

Sechs der Beiträge im zweiten Teil des Bandes sind – im besten Sinne – eher journalistische Situations- und Konfliktbeschreibungen. Eddy CHERKI und Dominique MEHL referieren in ihrem kurzen Beitrag einige Ergebnisse einer empirischen Studie, die sie zusammen mit Castells über urbane Bewegungen in der Region Paris und ihre Aktionen in den letzten zehn Jahren angefertigt haben (einen vor allem den theoretischen Ansatz der Studie näher erläuternden umfangreichen Beitrag hat CASTELLS selbst geliefert; vgl.: *Les conditions d'émergence des mouvements sociaux urbains* ... in: *International Journal of Urban and Regional Research* 1/77). Bereits in diesem Beitrag wird deutlich, wie vielfältig die Träger, Ziele, Niveaus und Formen des politisch-sozialen städtischen Konflikts selbst unter gleichen Rahmenbedingungen (denen der Region Paris) sein können.

Ähnliches macht der Beitrag von Xavier GODTS über Stadtrenovierung und städtische Konflikte in Brüssel deutlich, in dem allerdings nur am Rande etwas beschrieben wird, was – sehen wir einmal von Spanien ab – sonst in Westeuropa so nicht wiederzufinden ist: eine stabile Form der gemeinsamen Selbstorganisation der verschiedenen städtischen Initiativen, die parteilich aber doch autonom gegenüber den Parteien selbst Analysen und Alternativplanungen zu den brennendsten sozialen Problemen in der Stadtregion Brüssel betrieben (sehr zu empfehlen für jeden Besucher der Stadt: der von ihr herausgegebene alternative Stadtplan).

Auch der Bericht von Gianni SCUDO über die squatter-Bewegung in Großbritannien ist wie die beiden vorgenannten einem Schwerpunktheft der französischen Zeitschrift AUTREMENT entnommen, das hier wegen der Fülle seiner Beiträge zum Thema „Contre-pouvoirs dans la ville“ nachdrücklich empfohlen sei (zu bestellen für 30 fr. bei 120, bd Saint-Germain – 75280 Paris-Cedex 06). Bei Scudos Beitrag drängt sich heute, 1979, dem Leser sicherlich dieselbe Frage auf, wie in fast all den Beiträgen des zweiten Teils, denen es eher um eine Konfliktdarstellung denn eigenständige theoretische Aussagen zu tun ist: wie ging es weiter?

● Im Washingtoner Stadtteil Adams Morgan, wo die Schilderung von David MORRIS an dem Punkt abbricht, an dem sich ein selbstorganisiertes Stadtviertel, mit eigenen sozialen Dienstleistungen und Konsumkooperativen (getragen vor allem von einer mittelständischen Randkultur) plötzlich spekulativen Operationen des Finanz- und Immobilienkapitals gegenüber sieht, für die es aufgrund ihrer gebrauchswertbezogenen Anstrengungen wieder ein attraktives Investitionsfeld geworden ist?

● Im New Yorker 60.000 EW-Vorort Coop-City, wo nach einem harten Mietstreik dieses Spekulationsobjekt nun durch einen Rat aller Mieter selbstverwaltet werden darf? Wie erfolgreich kann dieses ambivalente Zugeständnis genutzt werden, auch über die Anfangserfolge hinaus, die Robert FRIEDMAN schildert?

● Bei der Gewerkschaft der Bauarbeiter in Australien, die ein in Hinblick auf die traditionelle Bestimmung gewerkschaftlichen Handelns revolutionäres Vorhaben verwirklichte: solche Bauplanungen durch Arbeitsniederlegung zu stoppen, die deutlich erkennbar privaten Nutzen und gesellschaftlichen Schaden verbinden? Welche Antworten könnte Jack MUNDY der hier interviewte Vorsitzende dieser Gewerkschaft heute geben?

Der vielleicht aus redaktionellen Gründen nicht vermeidbare Mangel an Aktualität dieser Artikel ist dort weniger störend, wo eine stärkere analytische Aufarbeitung des Phänomens „soziale städtische Bewegungen“ beabsichtigt ist.

Dazu gehört z.B. die sorgfältig gearbeitete Analyse von Eddy CHERKI und Michel WIEVIORKA zur „autoriduzione“ in Italien. Ähnlich wie in dem Beitrag von Scudo zur squatter-Bewegung wird hier deutlich, daß mit neuen Kampf- und Verweigerungsformen – hier der Verweigerung höherer Gebühren für soziale Dienstleistungen wie öffentlicher Nahverkehr und Elektrizität (teilweise betrieben und gestützt durch die Gewerkschaften) – Umorientierungen nicht vollzogen sind, sondern allererst beginnen: wie sie ins Verhältnis setzen und begründen gegenüber den Vertretern „traditioneller“ Kampf- und Verhandlungsformen? Wie das neue Mittel auf allen Ebenen ausschöpfen, der unmittelbar praktischen zur Verstärkung des Drucks, aber auch der kulturellen und ideologischen, zur Schaffung eines neuen Selbst-Bewußtseins? Wie Arbeiter und Gewerkschaften diese Fragen für sich zu beantworten versuchen und was daran so wichtig ist, das wird von den Autoren überzeugend analysiert.

Dieser Beitrag, neben dem aus Australien, insbesondere aber der Artikel von Juan RODRIGUEZ-LORES über „Alternative lokale Politik und soziale Bewegungen in Italien“ hätten für den zweiten Teil des Readers einen erweiterten Titel gerechtfertigt: die Stadt als Aktions-Raum und Gegenstand der (neuen) sozialen Bewegungen, aber auch als ein durch die traditionellen Arbeiterorganisationen neu anzueignendes Aktionsfeld.

Im Aufsatz von Juan Rodriguez-Lores wird eingehender problematisiert, was in anderen Beiträgen lediglich konstatiert wird: das weitgehende Nebeneinander, wenn nicht Gegeneinander der neuen sozialen (städtischen) Bewegungen und der traditionellen Arbeiterorganisationen, die sich als gewerkschaftliche lange Zeit auf das Fabrikleben konzentriert haben und als parteiliche historisch andere Wege kommunaler und städtischer Politik gegangen sind. Rodriguez-Lores versucht zu zeigen, daß den sozialen städtischen Bewegungen eine Schlüsselrolle zukommen kann, bei dem Versuch, die

Politik der Linken aus zwei historischen Sackgassen herauszuführen: einerseits dem Versuch, auf lokaler/kommunaler Ebene eine „rote Insel“ zu verwirklichen, andererseits einer Strategie der Er kämpfung erweiterter sozialstaatlicher Aufgaben auf zentraler Ebene, deren bloße mechanische Übernahme auf kommunaler Ebene die Kommune als ein eigenständiges Feld sozialen Experimentierens negiert.

Die zwei zentralen neuen Qualitäten, die hier bezogen auf die Ebene der Politik und der Kommune die sozialen Bewegungen einbringen konnten, sieht R.L. zum einen in der Forderung nach einer neuen Art und damit auch institutionellen Fassung von Demokratie, die in diesen Bewegungen sich artikuliert (und die eine neue Stellung der Kommune in einem veränderten Staatsgefüge implizieren würde); zum anderen hebt er hervor, daß die dabei eingeklagten gebrauchswertbezogenen sozialen Ziele eine politische Strategie erfordern, welche eine gegebene Produktivkraftstruktur und damit verbundene Eigentums- und Produktionsverhältnisse nicht bloß effektiver verwaltet und „sozial“ ergänzt, sondern ihnen verändernd zu Leibe rückt (wobei die Kommune damit also nicht nur mehr Macht gegenüber dem Zentralstaat (s.o.) bekommen müßte, sondern auch mehr Macht gegenüber den lokal bislang vorherrschenden Mächten realisieren müßte).

Wie immer man solche Thesen beurteilen mag: sie stellen die Frage nach den Beziehungen von sozialen Bewegungen und Organisationen wie Politik der Arbeiterbewegung ohne jene Verengungen und Auslassungen, die sich leider auch in den Teilen der Einleitung finden, wo man sich „Zur Lage in der BRD“ äußert. Das Verhältnis soziale Bewegungen/Arbeiterbewegung wird dort allein als Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften thematisiert, so, dertes Eigenleben führen würde. Die Tendenz zur Ausgrenzung der politischen Ebene erweist sich aber nicht nur an den spärlichen und recht pauschalen Aussagen zu „den parlamentarischen Parteien“. Sie macht sich auch darin bemerkbar, daß man zwar diesen Parteien die Rechnung aufmacht, aber die Probleme der radikalen Linken mit dem Phänomen „Bürgerinitiativen“, wie sie sich erst jüngst im Streit um Grüne/Bunte Listen zeigten, nicht erwähnt. Schließlich bleibt in diesem Kapitel der Einleitung auch Stadt als politisch gefaßte Institution, als 'Kommune', weitgehend unproblematisiert. Dabei werden es wohl gerade kommunale Wahlen sein, in denen für lokale städtische Initiativen sich drängender denn je die Frage nach ihrem Verhältnis zu Politik, Institutionen und Politikern stellen wird.

Trotz solcher kritischer Anmerkungen: es liegt ein Band vor, mit dem die Herausgeber ihrem selbstgesetzten Anspruch durchaus gerecht werden können, nämlich „eine politisch wie theoretisch folgenreiche lokalistische Abschrottung, vor der die sozialen Bewegungen in den Städten

heute stehen, etwas zu verringern“. Wenn vielleicht trotzdem gesagt werden kann, daß dieser Band von ca. 260 Seiten „sein Geld nicht wert ist“, dann hat das wohl allein mit der Europäischen Verlagsanstalt zu tun.

Juan Rodriguez-Lores

Internationaler Kongreß über „Staat, Produktion der städtischen Umwelt, gegenwärtige Krise und Restrukturierung des Kapitals“

Universität Venedig, 23.-25.11.1978

Dieser internationale Kongreß war von der Abteilung für „Ökonomische und soziale Analyse des Territoriums“ der Architekturfakultät der Universität Venedig gefördert worden. Unter der Federführung von Prof. M. FOLIN wurde der Kongreß zu einem 3-tägigen Forum und wichtigen Kontaktmedium marxistischer Akademiker aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Portugal und Spanien, die im Bereich der Staats- und Stadtforschung tätig sind. An den hierzulande herrschenden disziplinären Provinzialismus gewöhnt, war es für die deutschen Gäste eine angenehme Überraschung, daß sich auch die dortigen Architekturstudenten an einer solchen interdisziplinären Veranstaltung massiv beteiligt hatten.

Zum Verständnis der Problematik des Kongresses und des „theoretischen Klimas“, in dem er organisiert wurde und abließ, sei einiges vorausgeschickt.

Bekanntlich dominieren in der marxistischen Tradition ökonomistische Ansätze bei der Definition der Natur des Staates. Sie beruhen auf einer Tautologie, die über das historische Wesen des Staates wenig erklärt, nämlich: der kapitalistische Staat existiere nur im Dienste des Kapitals. Dabei wird eine unvermittelte, mechanische Entsprechung von Staat und Kapital postuliert und die gewisse Autonomie des Politischen gegenüber dem Ökonomischen — gerade im Akt der Erfüllung seiner „ökonomischen“ Aufgabe gegenüber dem Kapital — ausgeblendet. In der monopolistischen Phase bedeutet das eine Identifikation von Monopolen und Staat. Das hat zu einer Trennung des sog. gesellschaftlichen Reproduktionsbereichs von der Produktion geführt und damit den Weg geöffnet für ein Verständnis des staatlichen Interventionismus im Rahmen der Sozialisierung der Produktion/Bereitstellung von gemeinschaftlichen Dienstleistungen (vor allem also im Rahmen der Stadtpolitik und des Urbanismus) als Staats-„Reformismus“, tout court ja sogar als „Sozialismus“.

Aber zur marxistischen Tradition gehören auch grundsätzlich andere Theorieelemente: z.B. jene Stellen in Marx' „Grundrissen“, in denen man zu einem viel differenzierteren Verständnis des Verhältnisses zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen kommt, wenn

Lassen wir alle Spekulationen darüber beiseite, wie angenehm einem politisch mittlerweile „geläuterten“ EVA dieser Band heute ist. Daß für den Preis von 38,— DM nur ökonomische „Sachzwänge“ maßgebend waren, diesen Nachweis müßte man erst einmal führen.

Marx die Funktion des Staates bei der Herstellung der „allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion“ und das „spezifische Verhältnis des Kapitals“ zu ihnen (FOLIN legte in seinem Beitrag den doppelten und widersprüchlichen Charakter dieser Bedingungen als Wertträger und als Gebrauchswerte dar) erläutert; z.B. auch Gramscis Theorie der doppelten Rolle des Staates als Herrschafts- und als Hegemonieapparat. Es sind Interpretationstränge, die dem Politischen einen großen Initiativraum bei der Erfüllung seiner Aufgabe im Rahmen der Unterstützung der Akkumulation des Kapitals beimessen. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade diese beiden Beispiele eine zentrale Aufklärungsfunktion in der neueren marxistischen Staats- und Stadtforschung spielen, die sich von dogmatischen Schemata befreien will und in zunehmendem Maße dem Politischen ihre Aufmerksamkeit widmet.

Aber eigentlich sind es objektive Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation gewesen, die den Anstoß für eine erneute theoretische Beschäftigung mit der Funktion des Staates und der Stadt gegeben haben:

- zunächst die Entstehung der sozialen (vor allem städtischen) Bewegungen: einerseits stellen sie die „Neutralität“ des Staates als Versorger mit gesellschaftlichen Konsummitteln in Frage; andererseits lassen sie auch gleichzeitig erkennen, daß der Staatsinterventionismus in diesem Bereich viel direkteren Bezug auf Klassen- und allgemeinere soziale Konflikte als auf rein ökonomische Diktate des Kapitals nimmt;
 - dann die jüngste Wende der staatlichen Politik in den entwickeltesten Industrieländern vom „welfare state“ zu einer Politik der „Austerity“ und der Restrukturierung des Kapitals (im Sinne der „Rekapitalisierung“ traditioneller öffentlicher Investitionsbereiche);
 - und schließlich die aus dieser Wende resultierenden Konflikte innerhalb des Staatsapparates selbst zwischen ihren horizontal gegliederten Institutionen, aber besonders zwischen ihren zentralen und peripheren (lokalen) Organen.
- Bei den ca. 20 Beiträgen, die (meistens von den jeweiligen nationalen Kontexten ausgehend) Antworten auf diese drei zusammenhängenden Fragekomplexe

geben wollten, war zunächst eine gewisse methodologische Unsicherheit festzustellen: das „ökonomistische“ Staatsverständnis (LÄPPE, Holland), der Drang zur soziologischen Formalisierung der städtischen Bewegungen (CHERKI/MEHL, Frankreich) (direkte Gegenüberlegungen dazu stellte INDOVINA, Italien, in seinem Beitrag über den potentiellen „Klassencharakter“ der städtischen Bewegungen dar) und die subjektiv-moralische Einschätzung der lokalen Staatsapparate (BORJA, Spanien) waren noch anwesend. Aber im Großen und Ganzen war jener Ansatz dominant, der eine der wichtigsten Errungenschaften der theoretischen Praxis der „Neuen Linken“ zu sein scheint: jenseits des ökonomischen Determinismus und des Glaubens an die „eiserne Logik des Kapitals“ die Wirklichkeiten des Klassenkampfes und des sozialen Konfliktes wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaftsbetrachtung zu stellen und auf sie auch die staatlichen Funktionen und Handlungsformen zu beziehen: der Staat als parteilicher „Vermittler“ und die Stadt — die gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — als Ergebnis dieser parteilichen „Vermittlung“.

Die Krise — die fiskalische und administrative des Staates, die der Stadt und der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — wurde im Zusammenhang mit den neuen Interventionsformen des Staates bei der Unterstützung der Akkumulation des Kapitals erklärt, die im Begriff der „Restrukturierung“ oder „Rekapitalisierung des Kapitals“ erfaßt wurden. Die Beiträge über die jüngste Wende der staatlichen Wohnungsbaupolitik (HAROE und MUGNAIONI, England; PRETECEILLE, Frankreich), über die neuere Entwicklung der rechtlichen, fiskalischen und administrativen Bedingungen der Stadtplanung (SERVINI, Italien) sowie über verschiedene Alternativen der „Krisenlösung“ (EVERS, BRD) zeigten die internationalen Züge der unter „Rekapitalisierung“ gemeinten neuen Produktionsform der gesellschaftlichen Produktion“ (MARX, Deutschland) und ihre konfliktreichen Auswirkungen. Bei den heute dominierenden Krisenlösungsversuchen geht es grundsätzlich um die staatliche geförderte Erweiterung der Profitzonen des privaten Kapitals — entweder durch direkte finanzielle Unterstützung der Produktion oder durch eine wesentliche Umorganisation der Produktionsform und Bereitstellung gemeinschaftlicher öffentlicher Dienstleistungen. Letzteres bedeutet allerdings nicht den Rückzug des Staates aus diesem Bereich, der von zentraler Bedeutung für das System bleibt (gesellschaftliche Legitimation des Staates, Sicherstellung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen für das Kapital und die Arbeitskraft, Notwendigkeit politischer Antworten des Staates auf die sozialen Protestbewegungen), sondern es bedeutet vielmehr Teilprivatisierung oder vor allem — durch neue Finanzierungsmodi — zunehmende Integration der gemeinschaftlichen Dienstleistungen

in den kapitalistischen Verwertungsmechanismus und ihre „Kolonisierung“ durch das private Kapital.

Wichtig war die theoretische Reflexion über das in dieser Strategie der „Rekapitalisierung“ tatsächlich enthaltene Konfliktpotential. Erklärbar wird es, wenn man die These akzeptiert, daß die Hauptfunktion des Staates nicht die Organisation der Wirtschaft (mechanische Antworten auf unmittelbar kapitalistische Bedürfnisse zu geben), sondern vielmehr die Organisation der Gesellschaft (den Klassenkampf und den sozialen Protest zu „integrieren“ ist (INDOVINA, Italien).

Zum einen erfordert die „Rekapitalisierung“ eine radikale Zentralisierung der öffentlichen Investitionspolitik und Planung; zum anderen bedeutet sie eine andere Akzentsetzung in der historischen Natur der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen, wobei es dann mehr um die Realisierung ihres Charakters als Wertträger und die Zurückdrängung ihres Gebrauchswertes geht.

Damit verschärfen sich zunächst die Konflikte zwischen den zentralen und den lokalen Staatsorganen, und zwar nicht so sehr weil — vor allem durch die fiskalische Politik — die lokalen Instanzen ihrer Planungsinitiative praktisch beraubt werden, sondern weil sie zum Ausführender einer zentral vermittelten Produktions- und Distributionsform von Dienstleistungen disqualifiziert werden, die gerade im lokalen Kontext auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen und den unmittelbaren Interessen der lokalen Kapitalien zuwiderlaufen. Das wurde exemplarisch für Italien (MARCELLONI) gezeigt, wo gerade nach Vollendung der lokalen Autonomie in den letzten Jahren und nach dem jüngsten kommunalen Wahlsieg der Linken die Kommune die Initiative gegenüber dem Zentralstaat weitgehend verloren hat und sogar gutbewährte „Integrations“-Instrumente auf lokaler Ebene, wie die „Partizipation“, sich abgestumpft haben.

Ingrid Krau

Betrifft: Stadtentwicklung in der Krise

Zu den beiden Artikeln von Uli Hellweg (ARCH+ 38 und 40/41)

Nun doch noch eine (späte) Kritik an den Artikeln. Zunächst hatte ich sie nach Diskussionen mit Planerkollegen im Ruhrgebiet und mit dem Verfasser zu den Akten getan: war es nicht doch nur Verärgerung, daß einer, der erst kurze Zeit im Ruhrgebiet ist, die große Zusammenschau schreibt, die doch eigentlich von all jenen kritischen Planern, die in den Ruhrgebietsräthäusern sitzen, kommen müßte?

Genau dies ist der Punkt: die Aachener Tagung „Die Stadt in der Krise — Gibt es Alternativen für Planung und Planer?“ am 2./3.2., die ganz wesentlich von Planern aus dem Ruhrgebiet getragen wurde, hat demonstriert, daß es keine kollektive Selbstbehauptung

Bezüglich der städtischen Bewegungen, die sich, wie in mehreren Beiträgen gezeigt wurde, seit ein paar Jahren in der Krise befinden, bedeutet das zweierlei: einerseits eine strukturelle Verschlechterung ihres traditionellen Kampfgegenstandes — die Stadt, die öffentlichen Dienstleistungen —, deren Konsum — nun stärker dem kapitalistischen Verwertungsprozeß unterworfen — die Marginalisierung und die Ungleichheit der Aneignungschancen weiter verschärft; aber gleichzeitig verlagert sich das Feld der sozialen Auseinandersetzungen von den städtischen auf allgemein-gesellschaftliche Konflikte, die die neue zentralstaatliche Politik unmittelbar hervorruft (Marginalisierung, Arbeitslosigkeit usw.).

Die damit zusammenhängenden Fragen nach dem Korporativismus, dem engen Syndikalismus, der den neuen Kampfformen durch die selektive Sektorenpolitik des Staates aufgetrocknet werden; nach den Folgen aus dem Verlust von „Integrations“-Kraft bei den lokalen Staatsorganen (im Zusammenhang mit ihrem Verlust an „Aufgaben“, der Marginalisierung der autonomen Stadtpolitik und des Urbanismus); nach der Übertragbarkeit von gemachten Kampferfahrungen auf die Länder, die, wie Portugal und Spanien, die demokratische Bühne Europas gerade betreten, usw. — das sind Fragen, die dieser Kongreß aufgeworfen, aber nicht beantwortet hat. Hier liegt sicherlich ein Manko, an dem die kompakte Organisation, die kaum Raum für die kollektive Diskussion zuließ, z.T. schuldig war. Das große Verdienst: Fragen, mit denen man schon lange hantiert hatte, anders zu stellen: in der historischen Analyse der sozialen und politischen Praxen und nicht weiter in der logisch-dogmatischen Betrachtungsweise; in übernationalem Zusammenhang Denkrichtungen für eine Vertiefung der Probleme anzugeben. Der Nachkriegsmarxismus hat allzu lange an der „Logik“ und dem „Provinzialismus“ gelitten.

der kritischen Planer gibt. Noch der Schritt von mehreren von uns, die Berufstätigkeit im Rathaus aufzugeben, ist für jeden ganz und gar individualistisch determiniert. Genauso das Verhältnis zum Veröffentlichenden und eben auch zum Kritiken Schreiben.

Ich möchte U. Hellweg also nicht kritisieren, weil er allein das versucht, was kollektiv nicht passiert ist. Dies um so weniger als ich aus dem Interesse etlicher Studenten, die über das Ruhrgebiet arbeiten und die die beiden Artikel mit großem Interesse zur Hand nahmen, ableite, daß eine kritische Einschätzung der politisch-ökonomischen Entwicklung im Ruhrgebiet und der politischen Planung, der hier ein

so hoher Stellenwert beigemessen wird, ihren Sinn hat. Meine Kritik bezieht sich auf einige inhaltliche Punkte und daraus folgende politische Einschätzungen, die ich für zu unpräzise unpräzise und daher irreführend halte und die richtet sich in erster Linie an diejenigen, die mit beiden Artikeln arbeiten wollen:

1. Die Kapitalkonzentration und -fusion, die immer mehr Großindustrien im Ruhrgebiet entscheidungsmäßig zusammenbindet und zur räumlichen Konzentration der Produktion auf weniger aber immer größere Anlagen führt, wird nur ganz nebenher erwähnt, nicht aber als Ursache der zunehmenden Differenzierung der Teilräume innerhalb des Ruhrgebiets in Agglomerations- und Deglomerationsräume entwickelt. (Man denke nur an die regionalen Folgen, die sich aus der Thyssen-Rheinstahl-Fusion und der folgenden Produktionsbereinigung mit Betriebsabschlüssen und -verlagerungen ergeben haben.) Diese Unterlassung hat Folgen für die Artikel:

- Die mit der Kapitalübernahme häufig verbundene Reduzierung/Rationalisierung/Schließung alter Großindustrien an den Orten geringerer Standortgunst, führt nur dann zur Bereitschaft der Konzerne, sich von den Grundstücken zu trennen, wenn eindeutig klar ist, daß kein Zukunftsinteresse an der Lage besteht (die extensive Bodenvorratshaltung der Montanindustrie mit Versagung von Zwischennutzungen ist bereits ein historisches Strukturphänomen des Ruhrgebiets): der planerische Zugriff, erste Voraussetzung der „Spielräume“ bleibt damit weitgehend verwehrt.

- Die Städte, aus denen sich die großen Konzerne vollends herausziehen scheinen, bleiben dennoch in ihrem Einflußbereich. Die gewünschte Diversifikation innerhalb der Konzernstrukturen hat zu einem weitverzweigten wirtschaftlichen Engagement der Großen der Montan- und Energieindustrie und der daraus hervorgegangenen Handelsunternehmungen besonders innerhalb des Ruhrgebiets geführt. Man denke nur an das derzeitige Geschäft zwischen VEBA und BP, an dem über den Bergemann-Pool auch die Stahlindustrie beteiligt ist.¹⁾ Das wirtschaftliche Engagement der Großen geht schließlich herunter bis zur Ebene der Einkaufszentren am Ruhrschnellweg und der Supermärkte in den Stadtteilen. Mir scheint, daß diese zunehmenden Beteiligungsverhältnisse und Absprachen hinsichtlich der Auswirkungen auf die „Spielräume“ und Dispositionsmöglichkeiten der Kommunen weitgehend noch durchdacht werden müssen (siehe dazu auch Punkt 3 weiter unten).

2. Die Symptome Arbeitsplatzvernichtung und kommunale Einnahmeverluste sind nicht notwendig nur — wie in den Artikeln dargestellt — Folge des *Kapitalrückzugs*; gerade an den Or-

ten verstärkter *Kapitalinvestition* (so z.B. in Duisburg) sind der Rationalisierungseffekt, wie auch die Verdrängung kleinerer Unternehmen so stark, daß sogar eine negative Spitzenposition bei beiden Symptomen erreicht wird.

3. Die gerade für die Ruhrgebietsräte so typische Form des Hineinragens von Konzerninteressen ist in keiner ihrer vielfältigen Formen angesprochen:

- die Ratsherrenmandate, die von Leitenden Angestellten der Konzerne wahrgenommen werden
- das Bemühen der Absicherung auch über den arbeitnehmerorientierten Flügel, über Gewerkschaftsfunktionäre im Rat
- die Aufnahme kommunaler Spitzenbeamter in die Aufsichtsräte
- umfangreicher Besitz an Boden und Wohnbestand
- die Absicherung von Vorentscheidungen über Regional- und Landesplanung.

Mögliche und offenkundige Zwänge für die kommunale Planungs- und Entscheidungsrealität werden durch das Nichterörtern dieser Strukturen nicht deutlich. Damit wird m.E. der im ersten Artikel formulierte Anspruch, die Entwicklungsbedingungen der Stadt in der Krise für das Ruhrgebiet aus den politisch-ökonomischen Determinanten der Agglomerationsentwicklung abzuleiten, nicht eingelöst.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: die Frage, wie sich die vielfältigen Initiativansätze im Ruhrgebiet so emanzipieren, daß daraus tatsächlich alternative Politik auf lokaler Ebene wird, die Erfolge in der Verbesserung der Lebensbedingungen verbucht, ist eine äußerst wichtige. Und da finde ich das Fragenaufwerfen von U.H. gut und nützlich. Nur weckt er (warum nur?) Illusionen über die Kooperationsfähigkeit der kommunalen Organe. Die gedankliche Linie „relativ nachlassender Verwertungsdruck“ gleich relativ wachsende Freiheit der kommunalen Spitzenbeamten und -politiker gleich politische Chancen der Initiativen bezeichnet angesichts der realen Entwicklung m.E. allenfalls eine glückliche Ausnahmesituation. Was kann an „bevormundungsfreier Unterstützung von Initiativen durch den Oberbürgermeister“ übrigbleiben, wenn sie an den euralgischen Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und Lebensqualität rühren? Ob nach den heutigen Erfahrungen der Umweltschutz-Bewegungen ein perspektivisches Hineinwachsen der „entstehenden politisch-sozialen Bewegungen“ in einen „historischen Block“, also in ein breites politisches Bündnis zur Verbesserung der Lebensbedingungen noch vorstellbar ist, bleibt für mich eine große Frage. Oder ist Emanzipation dieser Bewegung nicht doch etwas ganz anderes?

Illusionen scheinen mir auch noch

auf einer anderen Ebene zu bestehen: Die „Verschärfung räumlicher Disparitäten“ wird als Entwicklung der 70er Jahre dargestellt und als Anbruch einer neuen Zeit der Wirtschaftsentwicklung gesehen, für die *nun erst* die Reformpolitik sich als untauglich erweise. Tatsächlich aber ist diese räumliche Differenzierung bereits mit der großen technologischen Umbruchphase des Bergbaus, beginnend Ende der 50er Jahre, und der der Stahlindustrie, beginnend in den 60er Jahren, induziert. Die direkte Staatsintervention im Bergbau und die indirekten staatlichen Strukturhilfen für die Stahlindustrie, sind nie wesentlich durch die reformpolitischen Ansätze der Gleichentwicklung der Teilräume der Region infrage gestellt oder gar gestört worden. Die Reformpolitik kann also sicher nicht als eine, die sich über die kapitalistischen Verwertungsbedingungen hinwegsetzt, bezeichnet werden. Im Gegenteil: die reformpolitischen Zielsetzungen

- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
 - größere Durchlässigkeit des Bildungssystems
 - Ausbau von Siedlungsschwerpunkten und Stadt- und Stadtteilzentren
- waren ganz wesentlich auf die Erhöhung der Mobilität der Arbeitskraft, mithin auf wirtschaftliche Notwendigkeiten orientiert. Ihre „Fortschrittlichkeit“ lag darin, daß sie mehr Lebensqualität versprach. Aber eben erst auf der Grundlage des Verlusts des alten Arbeitsplatzes, des längeren Arbeitsweges und des Verlusts der billigeren Wohnung. Es waren im Endeffekt sehr ambivalente Strukturreformansätze, die bei konsequentem Durchdenken *konkreter Utopien*, die die Siedlungsstrukturen des Ruhrgebiets zugunsten der Interessen der abhängig Beschäftigten zu ändern suchen, sicher nicht das Ergebnis sein können. Insoweit kann man wohl auch nicht schlechthin von den verteidigungswerten Ansätzen der Reformphase reden.

Ich frage mich überhaupt, haben wir diese Illusionen nötig, wenn es um das Weiterentwickeln konkreter Maßnahmen geht, die die Lebensumwelt der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet grundlegend verbessern sollen? Dennoch verstehe ich U.H. sehr gut, wenn er diese politischen Vorstellungen als konkrete Utopie bezeichnet. Denn in der Planungspraxis drängt sich bei jedem alternativen Bleistiftstrich die Frage der Durchsetzung auf, bzw. läßt sie ihn erst gar nicht mehr zustande kommen. Um so notwendiger die konkrete Phantasie auch und vor allem auf die Verbesserung dieser Lebensumwelt zu beziehen.